

TANKSTELLE BÜRMERINGEN

Saarstraße in der Warteschleife



Weil an der Saarstraße eine Unterführung ohne Genehmigung angelegt werden sollte, hat der Bürmeringer Bürgermeister die Bauarbeiten gestoppt. Dahinter verbirgt sich der zähe Widerstand einer Gemeinde gegen das Projekt einer Großtankstelle.

(RK) - Seit 1998 gibt es konkrete Pläne für eine Großtankstelle an der im Bau befindlichen Saarstraße. Seitdem wehren sich BürgerInnen und PolitikerInnen der Gemeinden Bürmeringen und Mondorf gegen diese Pläne. Als Standort ist der zwischen Mondorf, Ellange und Elvange gelegene "Geisebiert" im Gespräch. Eine Unterführung soll dazu dienen, die Tankstelle für beide Fahrtrichtungen zugänglich zu machen und - wie Robert Goebbels bereits 1999 zugab - dazu, dass die Tanktouristen hin- und zurückfahren können, ohne die Autobahn zu verlassen.

Überführt?

Obwohl es über den Bau der Tankstelle keinen Entscheidung gibt, wurde gerade an dieser Stelle mit dem Bau einer Unterführung begonnen. Doch vor zwei Wochen fanden die Arbeiten ein jähes Ende: André Vandendries, der Bürgermeister von Bürmeringen ließ die Baustelle schließen. Sein Argument war, die Unterführung sei nicht im Gesetz zur Saarstraße vorgesehen, und es gebe auch keine gesonderte Baugenehmigung seitens der Gemeinde.

Formal geht es also um eine Unterführung, von der das Bautenministerium behauptet, sie diene der Verbindung landwirtschaftlicher Flächen. Doch in Wahrheit geht es um die geplante Tankstelle. Die Bürmeringer

befürchten, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden: "Wenn die Tankstelle erst einmal steht, dann ist es zu spät", sagt Paul Hengesch, Gemeinderat und Präsident der Umweltkommission gegenüber der woxx. Im Télécran-Interview bezeichnete Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges die Unterführung als "vorbeugende Maßnahme": Auch wenn kein Beschluss vorliege, solle sie gebaut werden, "um zu vermeiden, dass die Autobahn nach ihrer Fertigstellung für den Anschluss an eine Rast- oder Tankstelle aufgerissen werden muss".

Wer will dort tanken?

Doch eine Tankstelle wollen die Bürmeringer auf keinen Fall. Über das Argument des Landschaftschutzes sind die Meinungen geteilt. Zwar soll in dieser Gegend der Naturpark "Dräilännereck" entstehen, doch durch die Autobahntrasse ist die ländliche Idylle sowie so weitgehend zerstört. Direkte Folgen befürchten vor allem die EinwohnerInnen der Ortschaft Elvange. Der vorherrschende Westwind dürfte zu einer hohen Geräuschbelastung führen. "Wenn die Lastwagen, von der Tankstelle kommend, die Steigung herauf anfahren müssen, dann wird das viel lauter sein als normaler Autobahnverkehr", meint Paul Hengesch.

Diese Sorgen bestätigt auch eine von der Straßenbauverwaltung in Auftrag gegebene Umweltstudie. Sie empfiehlt die Errichtung eines Lärmschutzwalles, hält sich aber zurück mit Zahlenangaben der zu erwartenden Lärmpegel. Dafür, so heißt es dort, seien weitere Untersuchungen nötig. Diese forderte der Bürgermeister denn auch in einem Brief an die Ministerin, erinnerte aber daran, dass Gemeinderat wie BürgerInnen prinzipiell gegen die Tankstelle sind.

"Fast 90 Prozent der Leute haben unsere Petition unterschrieben", bestätigt Christiane Sterba, Sekretärin der "Bürgerinitiative Bärmereng" (BIB). Sie erzählt, wie die BIB vor zehn Jahren gegen ein Sportflughafen-Projekt gegründet wurde, wie sie während der Pläne für die Autobahn stillhielt. Erst das Tankstellenprojekt erweckte die Struktur zu neuem Leben. "Jetzt lassen wir so schnell nicht mehr locker", versichert Christiane Sterba.

"Wir müssen den Mut haben, Nein zu sagen, und nicht einfach: Setzt sie woanders hin", sagt Paul Hengesch. Für ihn ist auch die Frage nach dem Sinn einer zusätzlichen Autobahn-

tankstelle wichtig. Angesichts der großen Anlagen von Capellen und Berchem macht das nur Sinn, wenn man den Tanktourismus ausbauen will. Das aber lehnen nicht nur die Bürmeringer ab, Mouvement Ecologique wie "Déi Gréng" fordern angesichts der CO₂- und Klimaproblematik seit Jahren eine Diskussion über diesen Aspekt der Nischenpolitik.

Interessenkonflikt

Auf der Tagesordnung steht aber vorerst das Ringen um die Unterführung. Am Dienstag wurde eine Klage des Bautenministeriums gegen die Gemeinde vor Gericht verhandelt. Ein Urteil steht noch aus. Im Télécran vertrat die Ministerin die Meinung, die Regierung habe das Recht, punktuelle Abweichungen vom "Saarstraßen-Gesetz" zu beschließen. Doch selbst wenn die Unterführung genehmigt würde, wird es die Regierung nicht einfach haben, den Bau der Tankstelle durchzuboxen. Wenn sich die Gemeinde weiterhin weigert, eine Genehmigung zu erteilen, wird das Projekt wohl kaum als punktuelle Änderung durchgehen können. "Dann müsste schon zum dritten Mal ein Sondergesetz für die Saarstraße vorgelegt werden", mockiert sich der grüne Abgeordnete Camille Gira.

Derzeit beklagen sich die RegierungspolitikerInnen, auf jedem Schritt von Bürgerinitiativen Steine in den Weg gelegt zu bekommen. Beim Unmut der BürgerInnen könnte es sich allerdings um eine Reaktion auf die Vorgehensweise staatlicher Stellen handeln. Auffällig war, dass alle GesprächspartnerInnen im Fall Bürmeringen die Arroganz von Ministerium und Straßenbauverwaltung anprangerten. Grundsätzlich hat die Ministerin Recht, wenn sie anmahnt, das Interesse der Allgemeinheit stehe über jenem des Einzelnen. Ohne Tankstelle wären die Tanktouristen gezwungen, die Autobahn zu verlassen und in Remerschen oder Mondorf zu tanken, argumentiert sie weiter.

Doch statt hierüber zu debattieren, droht das Bautenministerium dem Bürmeringer Bürgermeister mit einer Schadenersatzklage. Und wie wäre es mit einer Schadenersatzklage gegen die StraßenbauministerInnen Goebbels und Hennicot-Schoepges sowie ihre Beamten wegen Förderung des CO₂-Ausstoßes und Klimaschädigung?

Straße gegen Direktive

(RK) - Die derzeitigen juristischen Komplikationen um die Saarstraße gehen auf das Jahr 1995 zurück, auf einen gesetzgeberischen Akt, der eigentlich alles einfacher machen sollte. Damals waren auf Initiative des Bautenministers Robert Goebbels zeitgleich die Umsetzung der EU-Impaktstudien-Direktive und der Bau der Saarstraße verabschiedet worden. Als aber gegen eine Enteignung Berufung eingelegt wurde, schaltete das luxemburgische Bezirksgericht den Europäischen Gerichtshof ein. Der befand, dass die legale Basis der Straße nicht konform zum EU-Recht sei, weil die in der Direktive vorgesehene öffentliche Anhörung nicht stattgefunden hatte.

Zwar wurde die Anhörung nachgeholt und ein verbessertes "Saarstraßen-Gesetz" verabschiedet, doch die Eigentümer klagten erneut, was die Bauarbeiten weiterhin verzögert. Des Weiteren ist das ominöse Tankstellen-Projekt in Bürmeringen nicht im Gesetz enthalten. Dass Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges versichert, für alle Bauvorhaben werde das EU-Recht angewendet, verhindert nicht, dass jedes Verfahren juristisch anfechtbar ist: Die Umsetzung der Impaktstudien-Direktiven in Luxemburger Recht ist nämlich derzeit mangelhaft. "Anwenden ist nicht das Gleiche wie umsetzen. Bei der Umsetzung wird die Vorgehensweise genau definiert und damit Rechtssicherheit geschaffen", kritisiert Blanche Weber vom Mouvement Ecologique. "Bei einer sauberen Umsetzung wäre die Straße vielleicht schon gebaut."

Warum fordert die Umweltorganisation die Umsetzung der Direktive, wenn sich dadurch der Bau von Straßen beschleunigt? "Die Trassendiskussion wäre eine ganz andere gewesen, wenn Transparenz und Mitspracherecht gegolten hätten - wertvolle Gebiete wären nicht durchschnitten worden. So aber herrschte Willkür von Anfang bis Ende", erklärt Blanche Weber. Unberechtigt findet sie den Vorwurf, die GegnerInnen von Straßen und Tankstellen verteidigten nur Partikularinteressen. "Bei der bestehenden Rechtslage muss man ein persönliches Interesse geltend machen können, damit das Gericht die Klage überhaupt annehmen kann", so Blanche Weber. Ein weiterer Fall von mangelhafter Umsetzung internationaler Verpflichtungen: Die bereits 1998 unterzeichnete Konvention von Aarhus sieht ein Klagerecht im Namen des Allgemeininteresses für Umweltorganisationen vor.

Transatlantische Konkurrenz

EU und USA kämpfen um die Märkte in Lateinamerika. Ein Dossier im Vorfeld des EU-Lateinamerika-Gipfels am 17. Mai in Madrid.

Anzeigen vs Inhalt

Bei woxxens werden öffentliche Feiertage gehasst. Nein, wir sind keine verkorksten workaholics, aber ist - wie diese Woche zum Beispiel - der Donnerstag ein Feiertag, dann heißt das für uns, dass wir schon Mittwochabend in Druck gehen. Unsere LeserInnen verspüren nichts von diesem vorzeitigen Redaktionsschluss, wir aber müssen das gleiche Pensum in wesentlich kürzerer Zeit absolvieren - da ist der eine oder andere verlängerte Abend schon mal angesagt. Und weil alles immer gleichzeitig schief läuft, wurden für die verkürzte Woche unerwartet und spät zwei große Anzeigen geschaltet. Das freut natürlich unseren Finanzmanager. Da es zu diesem Moment nicht mehr möglich war, die Nummer zu strecken, blieb keine andere Wahl als Seiten, deren redaktionelle Bearbeitung bereits weitgehend abgeschlossen war, aus dem Heft zu nehmen. So müssen wir einige unsere AutorInnen auf nächste Woche trösten ... vergessen haben wir sie allerdings nicht.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: **Gréngespaun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Christian Mosar • **Verwaltung:** Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • **Druck:** Imprimerie COPE, Luxemburg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a.- Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79